

R2P & Demokratische Intervention

Dag Tanneberg

27.01.2015

Wikipedia Die Geltung rechtlicher Normen rührt allein von ihrer positiven Setzung (z.B. Hans Kelsen) oder von ihrer sozialen Wirksamkeit (z.B. Eugen Ehrlich). Der R. macht eine Begründung geltenden Rechts durch Rekurs auf Gerechtigkeit, moralische, weltanschauliche oder gar metaphysische Kategorien (Naturrecht) unmöglich.

① Was ist die Ukraine Krise?

Thought Paper

- 1 Was ist die Ukraine Krise?
- 2 Eine strukturierende Einleitung und ein bilanzierendes Fazit rahmen den Text.

Thought Paper

- ① Was ist die Ukraine Krise?
- ② Eine strukturierende Einleitung und ein bilanzierendes Fazit rahmen den Text.
- ③ Die Darstellung der Theorie erfolgt unabhängig von der Arbeit am Fall.

Thought Paper

- ① Was ist die Ukraine Krise?
- ② Eine strukturierende Einleitung und ein bilanzierendes Fazit rahmen den Text.
- ③ Die Darstellung der Theorie erfolgt unabhängig von der Arbeit am Fall.
- ④ Begriffe müssen bei ihrer Verwendung definiert und auf ihre Implikationen befragt werden. Bspw.: Was folgt aus Annahme, das internationale Staatensystem sei anarchisch?

Normenkonflikt

Unter welchen Bedingungen darf nationale Souveränität, um den Menschenrechten durch eine militärische Intervention Geltung zu verschaffen?

Souveränität Verpflichtung auf den Schutz grundlegender Normen

Gerechter Grund Verlust menschl. Lebens oder ethn. Säuberungen

Durchführungsbedingungen

- 1 Freiheit von Interessenskonflikten
- 2 Erschöpfung aller anderen Mittel
- 3 Angemessenheit der Mittel
- 4 Aussicht auf Erfolg

Politische Rechtfertigung

- 1 UN-Sicherheitsrat oder Vollversammlung
- 2 Zustimmung einer regionalen/subregionalen Institution
- 3 unilaterales Handeln

Souveränität < Recht auf Nothilfe im internationalen Raum

Gerechter Grund extreme Fälle schwerer Menschenrechtsverstöße

Durchführung

- ① **jus ad bellum** Aussicht auf Erfolg & Postinterventionsperspektive
- ② **jus in bellum** Schutz von Nicht-Kombattanten & Verhältnismäßigkeit dder Mittel
- ③ **jus post bellum** Aufbau eines demokratisch verfassten Rechtsstaats zur Verhinderung zukünftiger Menschenrechtsverstöße

“All human rights are universal, indivisible and interdependent and interrelated. The international community must treat human rights globally in a fair and equal manner, on the same footing, and with the same emphasis. While the significance of national and regional particularities and various historical, cultural and religious backgrounds must be borne in mind, it is the duty of States, regardless of their political, economic and cultural systems, to promote and protect all human rights and fundamental freedoms.”

(Vienna Declaration and Programme of Action, Part I, para 5)

Informationen zur Europäischen Integration

Dossier Europäische Union